
Vorsitz: Polen**1355. PLENARSITZUNG DES RATES**

1. Datum: Donnerstag, 17. Februar 2022 (im Neuen Saal und über Videokonferenz)

Beginn: 10.05 Uhr
Unterbrechung: 13.05 Uhr
Wiederaufnahme: 15.05 Uhr
Schluss: 17.10 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Hałaciński

Vor Eintritt in die Tagesordnung sprach der Vorsitzende, im Namen des Ständigen Rates, der Doyenne des Ständigen Rates (Liechtenstein), Schwedens und des Koordinators für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, der Delegation der Slowakei sein Beileid zum Ableben des Ständigen Vertreters der Slowakei bei der OSZE, des ehemaligen Vorsitzenden des Ständigen Rates, Botschafters Radomir Boháč, aus.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: AKTUELLE INFORMATIONEN DES SONDERBEAUFTRAGTEN DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN DER OSZE IN DER UKRAINE UND IN DER TRILATERALEN KONTAKTGRUPPE

Erörterung unter Punkt 2 der Tagesordnung

Punkt 2 der Tagesordnung: BERICHT DES LEITENDEN BEOBACHTERS DER SONDERBEOBACHTERMISSION DER OSZE IN DER UKRAINE

Vorsitz, Sonderbeauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in der Ukraine und in der Trilateralen Kontaktgruppe, Leitender Beobachter der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (PC.FR/1/22 OSCE+), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/197/22), Frankreich – Europäische

Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/211/22), Russische Föderation (Anhang 1), Kanada (PC.DEL/223/22 OSCE+), Türkei (PC.DEL/228/22 OSCE+), Vereinigtes Königreich (PC.DEL/329/22 OSCE+), Georgien (PC.DEL/218/22 OSCE+), Schweiz (PC.DEL/201/22 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/199/22), Heiliger Stuhl (PC.DEL/198/22 OSCE+), Kirgisistan, San Marino (PC.DEL/220/22 Restr.), Parlamentarische Versammlung der OSZE, Bosnien und Herzegowina (PC.DEL/221/22 OSCE+), Ukraine (PC.DEL/200/22)

Punkt 3 der Tagesordnung: THEMENBEZOGENER BERICHT DER GENERALSEKRETÄRIN „VERSTÄRKUNG DER BEMÜHUNGEN DER OSZE ZUR BEWÄLTIGUNG DER DURCH DEN KLIMAWANDEL VERURSACHTEN HERAUSFORDERUNGEN“

Generalsekretärin (SEC.GAL/27/22 OSCE+), Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und der Türkei; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Bosnien und Herzegowina; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau, San Marino und der Ukraine) (PC.DEL/213/22/Rev.1), Slowenien (PC.DEL/205/22 OSCE+), Kanada, Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/214/22), Usbekistan, Russische Föderation (PC.DEL/206/22), Schweiz, Türkei (PC.DEL/225/22 OSCE+), Belgien (PC.DEL/227/22), Vereinigtes Königreich, Aserbaidshan (PC.DEL/208/22 OSCE+), Deutschland (Anhang 2), Frankreich (PC.DEL/202/22 OSCE+), Nordmazedonien, Schweden

Punkt 4 der Tagesordnung: PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN

Anhaltende Menschenrechtsverletzungen in Lettland: Russische Föderation (PC.DEL/204/22), Lettland (Anhang 3)

Punkt 5 der Tagesordnung: BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

- (a) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in der Ukraine vom 9. bis 11. Februar 2022:* Vorsitz
- (b) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden mit der Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Kanadas, I. E. M. Joly, am 14. Februar 2022:* Vorsitz
- (c) *Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in Moskau am 15. Februar 2022:* Vorsitz

- (d) *Telefongespräch des Amtierenden Vorsitzenden mit dem Minister für auswärtige Angelegenheiten der Ukraine, S. E. D. Kuleba, am 16. Februar 2022: Vorsitz*
- (e) *Treffen des Amtierenden Vorsitzenden mit den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE am 16. Februar 2022: Vorsitz*
- (f) *Teilnahme des Amtierenden Vorsitzenden am 21. Wintertreffen der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, das am 24. und 25. Februar 2022 in Wien und über Videokonferenz abgehalten wird: Vorsitz*
- (g) *Treffen auf Ersuchen Litauens, Lettlands und Estlands nach Kapitel III des Wiener Dokuments zu ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten am 14. Februar 2022 (CBM/LT/22/0004/F12/O): Vorsitz*
- (h) *Treffen auf Ersuchen der Ukraine nach Kapitel III des Wiener Dokuments zu ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten am 15. Februar 2022 (CBM/UA/22/0017/F12/O): Vorsitz*
- (i) *84. gemeinsame Sitzung (Sondersitzung) des Ständigen Rates und des Forums für Sicherheitskooperation am 16. Februar 2022: Vorsitz*
- (j) *Erstes Vorbereitungstreffen des 30. Wirtschafts- und Umweltforums zum Thema „Förderung von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum durch nachhaltige wirtschaftliche Erholung von der COVID-19-Pandemie“ am 14. und 15. Februar 2022 in Wien und über Videokonferenz: Vorsitz*
- (k) *Aktuelle Informationen zu geplanten Veranstaltungen in der menschlichen Dimension 2022: Vorsitz*

Punkt 6 der Tagesordnung: **BERICHT DER GENERALESEKRETÄRIN**

- (a) *Schreiben der Generalsekretärin betreffend eine Frühwarnung in Bezug auf die Lage in der und um die Ukraine und die weitere Region (SEC.GAL/25/22 Restr.): Generalsekretärin, Frankreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, Montenegro und Nordmazedonien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island, Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau und der Ukraine) (Anhang 4), Ukraine (PC.DEL/229/22), Kanada (Anhang 5), Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/215/22), Schweiz, Vereinigtes Königreich (Anhang 6), Russische Föderation (Anhang 7), Georgien (PC.DEL/219/22 OSCE+), Türkei (PC.DEL/226/22 OSCE+), Vorsitz*
- (b) *Schreiben des Vorsitzenden des Ständigen Rates und der Generalsekretärin zur Lage betreffend die OSZE-Feldoperationen in der Ukraine (SEC.GAL/24/22 Restr.): Generalsekretärin*

Punkt 7 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Präsidentschaftswahl in Frankreich am 10. und 24. April 2022 und Parlamentswahl in Frankreich am 12. und 19. Juni 2022: Frankreich (PC.DEL/207/22 OSCE+)*
- (b) *Präsidentschaftswahl und vorgezogene Parlamentswahl in Serbien am 3. März beziehungsweise am 3. April 2022: Serbien (PC.DEL/217/22 OSCE+)*

4. Nächste Sitzung:

Donnerstag, 3. März 2022, um 10.00 Uhr im Neuen Saal und über Videokonferenz

1355. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1355, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir begrüßen die verehrten Botschafter Mikko Kinnunen und Yaşar Halit Çevik. Wir haben die Berichte mit Interesse verfolgt.

Sie arbeiten in einem äußerst schwierigen Informationsumfeld. Dieses ist überschwemmt von bislang beispielloser Desinformation und Propaganda, die von einer Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten verbreitet werden. Erinnern wir uns daran, wie in jüngster Zeit auf Betreiben der US-Regierung der Mythos einer angeblich „unmittelbar bevorstehenden Invasion“ Russlands hochgespielt wurde. Zuerst wurde dafür der April vergangenen Jahres genannt, dann August, später November, Mitte Dezember, dann hieß es am katholischen Heiligabend, dann am orthodoxen Heiligabend, später am Tag der Eröffnung der Olympischen Spiele in Peking und so weiter. Und auch für diese Woche wurde mit dem 16. Februar ein genaues Datum genannt. Und jetzt wird es offenbar neue Terminnungen geben.

Natürlich hat die „Invasion“ nicht stattgefunden. Selbst die Führung der Ukraine hat nicht daran geglaubt. Präsident Selenskyj verlangte Beweise für die Vorbereitungen einer „Offensive“ – wie er besonders betonte –, „wenn es denn solche gibt“. Bereits Anfang November 2021 bezeichnete der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates der Ukraine, Oleksij Danilow, die Berichte über eine Invasion als „ein Element besonderer psychologischer und Informationsoperationen“. Auch der ukrainische Verteidigungsminister Oleksij Resnikow sah keinen Grund zur Beunruhigung. Schließlich bezeichnete sogar der ukrainische Sicherheitsdienst in seiner Erklärung vom 14. Februar die Vorgänge als „Versuche, systematisch Panik zu schüren, falsche Informationen zu verbreiten und eine falsche Darstellung der tatsächlichen Lage zu geben“.

All das konnte nicht ohne Auswirkungen auf die Wirtschaft der Ukraine bleiben. Nach Schätzungen von David Arachamia, dem Fraktionsvorsitzenden der Regierungspartei im ukrainischen Parlament, kostet diese Vorkriegshysterie das Land 2 bis 3 Milliarden Dollar im Monat. Ende Januar zog Präsident Selenskyj eine entmutigende Bilanz: Die ukrainische Wirtschaft habe durch die verschärften Spannungen bereits mindestens 12,5 Milliarden US-Dollar verloren.

Mit Bedauern stellen wir fest, dass sich Funktionsträgerinnen und -träger und hochrangige Politikerinnen und Politiker in den Vereinigten Staaten von Amerika, im Vereinigten Königreich, in Kanada und in einer Reihe westeuropäischer Länder sehr aktiv an der kriegstreiberischen Desinformationskampagne beteiligt haben. Nach der Evakuierung und Verlegung ihres Botschaftspersonals in Kiew forderten sie ihre Staatsangehörigen auf, die Ukraine unverzüglich zu verlassen. Trotz des Propaganda-Fiaskos rund um eine „unmittelbar bevorstehende Invasion“ fordern beispielsweise die Vereinigten Staaten scheinheilig „Beweise“ dafür, dass „es keinesfalls zu einer solchen Invasion kommen werde“. Das alles kommt einem unverantwortlichen „Informationsterrorismus“ gleich, der offenbar alle in extremer Anspannung halten soll.

Herr Çevik,

wie Sie heute bereits erwähnt haben, hat sich die Lage auch auf die Arbeit der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine (SMM) nachteilig ausgewirkt. So haben die Regierungen einiger OSZE-Teilnehmerstaaten beschlossen, ihr Personal aus der Mission abzuziehen. Dies geschah überstürzt und, soweit wir wissen, ohne vorherige Absprache mit der Leitung der SMM. Dieser Schlag sollte offensichtlich auch unter den Beobachterinnen und Beobachtern selbst Panik verbreiten und es der Mission unmöglich machen, ihr Mandat vollständig zu erfüllen. Auf jeden Fall hat er dem Ansehen der Staaten schwer geschadet, die versucht haben, unsere gemeinsame Mission, die größte OSZE-Feldoperation im gesamteuropäischen Raum, für ihre eigenen politischen Zwecke zu missbrauchen. Man kann sich durchaus fragen, ob man eine Gruppe von Ländern, die Kriegshetze betreiben, als verlässliche Partner bei der Durchführung gemeinsam vereinbarter internationaler Aufgaben sehen sollte. Die Antwort auf die Frage, ob sie überhaupt in der Lage sind, einen konstruktiven Beitrag zur Vermittlung einer Lösung zu leisten, erübrigt sich da wohl.

Wir haben Ihre Einschätzung, Herr Çevik, aufmerksam zur Kenntnis genommen, dass es zum jetzigen Zeitpunkt keinen Grund für eine sofortige Evakuierung des Personals der SMM gibt. Wir haben Verständnis dafür, dass die SMM aufgrund der plötzlich aufgetretenen Schwierigkeiten gezwungen ist, überstürzte Maßnahmen zu treffen, um ihren Personalbestand so umzustrukturieren, dass eine kontinuierliche Beobachtung und Berichterstattung gewährleistet ist.

Vor diesem Hintergrund betreiben einige NATO-Mitgliedsländer eine massive Ausrüstung der Ukraine. Sie schicken hunderte Tonnen tödlicher Waffen dorthin. Gerade erst sind mehr als 40 Luftfahrzeuge mit militärischer Ladung aus den Vereinigten Staaten, dem Vereinigten Königreich, Kanada, Polen, Litauen und so weiter in Kiew und Lemberg eingetroffen. Wohin wird das ukrainische Militär diese Waffen abfeuern? Sieht so die Vermittlung einer friedlichen, politischen und diplomatischen Lösung auf der Grundlage der Minsker Vereinbarungen aus? Schließlich sollten gemäß Absatz 10 des Maßnahmenpakets ausländische Waffen und ausländisches Gerät unter Beobachtung der OSZE aus dem Hoheitsgebiet der Ukraine abgezogen, statt im Gegenteil dorthin verbracht zu werden. Wenn die ukrainische Regierung keine Angriffspläne in Bezug auf bestimmte Gebiete im Donbass hat, wozu dann der ganze Aufwand? Wo findet man übrigens die Informationen über diese Lieferungen in den Berichten der SMM? Oder haben diese Lieferungen keine Auswirkungen auf die Sicherheitslage?

Wie den Berichten der Mission zu entnehmen ist, bleibt die Lage an der Kontaktlinie angespannt. Die Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe vom 22. Juli 2020, die unter persönlicher Beteiligung von Herrn Çevik ausgearbeitet wurden, werden weiterhin eklatant verletzt. Seit Jahresbeginn hat die SMM bereits rund zehntausend Verstöße registriert. Der regelmäßige Artilleriebeschuss von Städten im Donbass, durch den der Zivilbevölkerung unermessliches Leid zugefügt wird, ist weiterhin trauriger Alltag. Nach Angaben der Behörden des Donbass wurden bereits 12 Siedlungen allein in den letzten 24 Stunden mit Waffen verschiedensten Typs, darunter auch großkalibrigen, beschossen. Apropos, wann können wir mit dem neuesten themenbezogenen Bericht der SMM über zivile Opfer und Zerstörungen rechnen?

Die Mission stellt fest, dass militärisches Gerät unter Verletzung der Rückzugslinien vorhanden ist. Wir fordern eine verstärkte Beobachtung der Lage an der Kontaktlinie im Rahmen der Möglichkeiten der SMM, um frühzeitige Anzeichen für die Vorbereitung bewaffneter Provokationen zu erkennen. Sollte die Mission nicht über genügend „Manpower“ für diese Aufgabe verfügen, ist Russland bereit, noch mehr hochqualifiziertes Personal für verantwortungsvolle Posten in der SMM zur Verfügung zu stellen.

Wir verweisen auf die regelmäßigen Berichte der Mission, dass der Zugang der Beobachterinnen und Beobachter zu mehreren Gebieten nahe der Kontaktlinie durch die Minengefahr erschwert ist. Ich möchte gerne wissen, wo diese Gebiete liegen. Wenn die Patrouillen dort problematisch sind, sollte bei der Beobachtung verstärkt auf technische Ausrüstung zurückgegriffen werden.

Eine der Hauptaufgaben der SMM darf nicht vergessen werden, nämlich den Dialog vor Ort zu erleichtern. Ich hätte gerne eine klare Antwort auf die Frage, was die Mission für die Freilassung von Andrej Kosjak unternimmt, dem Vertreter von Lugansk im Gemeinsamen Zentrum für Kontrolle und Koordinierung, der am 13. Oktober 2021 von ukrainischen Sicherheitskräften in einem Entflechtungsgebiet entführt wurde. Was wird unternommen, um den durch diese Entführung zerstörten Mechanismus zur Bereitstellung von Sicherheitsgarantien wiederherzustellen?

Nicht nur im Donbass, sondern auch in der übrigen Ukraine sollten die Geschehnisse mit nicht erlahmender Aufmerksamkeit verfolgt werden. Wir erwarten von der Mission eine hochwertige Beobachtung und eine umfassende Analyse der Entwicklungen im Menschenrechtsbereich. Insbesondere können wir die Augen nicht vor diskriminierenden Maßnahmen verschließen, die gegen die russischsprachige Bevölkerung, gegen nationale Minderheiten und die ukrainisch-orthodoxe Kirche gerichtet sind. Die Maßnahmen der Behörden zur Unterdrückung abweichender Meinungen und das harte Vorgehen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen und die größten nichtstaatlichen Medien, auch außergerichtlich, können nicht hingenommen werden.

Leider müssen wir immer wieder feststellen, dass die für die ukrainische Regierung unangenehmsten Fakten – wie etwa Äußerungen von aggressivem Nationalismus und Antisemitismus oder Entscheidungen der staatlichen Behörden, den Informationsraum von unerwünschten Medien zu säubern – sich in den öffentlichen Tagesberichten der SMM nicht wiederfinden. Die Tendenz, die Beobachtungen der SMM zu diesen Themen in ihre Wochenberichte aufzunehmen, zu denen die Medien und die Öffentlichkeit keinen Zugang haben, sollte korrigiert werden.

Herr Vorsitzender,

heute ist es genau sieben Jahre her, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das Minsker Maßnahmenpaket mit seiner Resolution 2202 gebilligt hat. Wie Sie wissen, wurde das Dokument selbst am 12. Februar 2015 unterzeichnet und ist am 15. Februar desselben Jahres in Kraft getreten. Ganz gleich, wie gerne die derzeitige politische Führung der Ukraine das Maßnahmenpaket einfach umschreiben würde – seit einigen Jahren fordert sie seine „Modernisierung“, „Anpassung“ oder „Korrektur“ –, mit der Billigung dieses Dokuments durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen wurde es Teil des Völkerrechts und ist in seiner jetzigen Form zwingend umzusetzen.

Unsere französischen und deutschen Partner im „Normandie-Quartett“, die gemeinsam mit Russland an der Ausarbeitung dieses umfassenden Dokuments zur Beilegung des Konflikts zwischen der ukrainischen Regierung und den Behörden in Donezk und Lugansk mitgewirkt haben, fungierten als seine Garanten und betonten wiederholt, dass es keine Alternative zu den Minsker Vereinbarungen gebe und das Maßnahmenpaket umgesetzt werden müsse. Wir zählen auf einen konstruktiven Beitrag des Normandie-Quartetts zum Minsker Umsetzungsprozess.

Übrigens findet heute auf Initiative der Russischen Föderation eine Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen statt, um den Jahrestag der Unterzeichnung des Maßnahmenpakets zu begehen. Wir halten es für notwendig, die internationalen Anstrengungen zur Unterstützung einer Lösung auf der Grundlage dieses Dokuments zu verstärken.

Herr Kinnunen,

nach sieben Jahren ist klar, dass keine der Bestimmungen des Maßnahmenpakets vollständig umgesetzt worden ist. Beginnen wir mit dem ersten Punkt – der Waffenruhe. Die eigentliche Ursache des Problems ist unverändert die systematische Weigerung der ukrainischen Regierung, einen direkten Dialog mit den bevollmächtigten Vertretern von Donezk und Lugansk in der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG) über die Parameter für eine Beilegung und die Grundlage für eine künftige friedliche Existenz innerhalb eines gemeinsamen Staates aufzunehmen. Die jüngsten Erklärungen des ukrainischen Außenministers Dmytro Kuleba bestätigen, dass die ukrainische Regierung keinesfalls die Absicht hat, das zu tun, und versucht, den innerukrainischen Dialog durch eine Art von „Verhandlungen“ mit Russland zu ersetzen. Es ist klar, dass sich die ukrainischen Behörden in dieser Position verschanzt haben, wozu sie auch von ihren externen Ratgebern gedrängt wurden.

Wir möchten betonen, dass Russland bereit ist, alle Vereinbarungen zu unterstützen, die zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Behörden in Kiew und in bestimmten Gebieten des Donbass im Rahmen des Einigungsprozesses ausgearbeitet werden können. Wir erinnern an den Inhalt des Protokolls der Sitzung der Trilateralen Kontaktgruppe vom 11. März 2020, in dem der Leiter der ukrainischen Präsidentschaftskanzlei, Andrij Jermak, die Anerkennung des Mandats der derzeitigen Vertreter von Donezk und Lugansk in der TKG durch die ukrainische Regierung schriftlich bestätigte. Ich kann Ihnen dieses Dokument zeigen – in seiner Handschrift steht „zugestimmt“, mit seiner Unterschrift. Wir werden weiterhin zu einem wirklichen Dialog aufrufen.

Wir stellen fest, dass es keine öffentliche Reaktion der OSZE auf die Erklärungen der politisch-militärischen Führung der Ukraine gibt, die die Minsker Vereinbarungen und die Maßnahmen zur Stärkung der Waffenruhe hintertreiben. Wir erwarten von Ihnen, Herr Kinnunen, ein unvoreingenommenes Vorgehen bei Ihrer Tätigkeit und wirklich unparteiische Bemühungen mit dem einzigen Ziel, die ukrainische Regierung und die Behörden in Donezk und Lugansk dazu zu bewegen, das Maßnahmenpaket so bald wie möglich gemeinsam umzusetzen.

Bisher gab es keine Fortschritte im politischen Bereich, auch nicht bei der Umsetzung der Empfehlungen, sich auf alle rechtlichen Aspekte eines Sonderstatus für den Donbass zu einigen, die der Gipfel des Normandie-Quartetts vom 9. Dezember 2019 an die TKG gerichtet hat. Im Gegenteil: Der ukrainische Außenminister Kuleba hat in den letzten Wochen immer wieder betont, dass der Donbass keinen Sonderstatus erhalten werde. Die ukrainische Regierung ignoriert ihre Zusagen, eine Verfassungsreform durchzuführen, eine Amnestie zu erlassen, Kommunalwahlen in Absprache und mit Zustimmung der Vertreter des Donbass zu organisieren, sprachliche und kulturelle Rechte zu garantieren und so weiter. Auch bei der Übernahme der „Steinmeier-Formel“ (über das Verfahren zur Umsetzung eines Sonderstatus-Gesetzes) in die ukrainische Gesetzgebung gibt es keinerlei Fortschritte. Herr Kinnunen, was wird konkret unternommen, um einen Ausweg aus der Sackgasse bei der Lösung der politischen Fragen zu finden?

Wir betonen, dass die Delegation der Ukraine in der TKG noch immer nicht auf den Aktionsplan zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen reagiert hat, der von den Vertretern von Donezk und Lugansk bereits im Oktober 2020 vorgelegt wurde. Darüber hinaus schlägt die ukrainische Regierung zwar vor, den Gesetzesentwurf über einen Sonderstatus wieder zur Behandlung vorzulegen, weigert sich aber weiterhin, sich zu den von den Vertretern von Donezk und Lugansk in der TKG im Mai 2020 vorgeschlagenen Änderungen an diesem Gesetzentwurf zu äußern. Letzteres ist ein Beispiel dafür, wie die ukrainische Regierung einfach nur vorgibt, bei der Arbeit in der TKG einen konstruktiven Ansatz zu verfolgen.

Die Lösung sozioökonomischer und humanitärer Fragen im Interesse der Bevölkerung des Donbass bedarf dringend unserer Aufmerksamkeit. Die sozioökonomische Blockade der Region, die von der ukrainischen Regierung unter Verstoß gegen Absatz 8 des Maßnahmenpakets verhängt wurde, ist nach wie vor in Kraft. Herr Kinnunen, wie groß ist Ihrer Meinung nach die Wahrscheinlichkeit, dass die ukrainische Regierung diese Blockade aufhebt, und was wird in der Arbeitsgruppe Wirtschaft und von Ihnen persönlich in dieser Richtung unternommen?

Herr Kinnunen,

Sie haben die russische Staatsduma erwähnt. Wie Sie wissen, müssen alle Ersuchen der Staatsduma an den Präsidenten der Russischen Föderation, einschließlich der von Ihnen erwähnten Entschließung, in der die Anerkennung der vom Volk des Donbass ausgerufenen Republiken gefordert wird, vom Präsidenten der Russischen Föderation geprüft werden. Die Verabschiedung einer solchen Entschließung bedeutet jedoch im Gegensatz zur

Verabschiedung eines Gesetzes keine rechtsverbindliche Entscheidung in dieser Frage. Die endgültige Entscheidung wird vom Präsidenten der Russischen Föderation getroffen.

Dieses Ersuchen hat keinerlei Auswirkung auf die weitere Arbeit der TKG, deren Aufgabe es ist, die ukrainische Seite bei der friedlichen Beilegung des Konflikts im Donbass „in Absprache und im Einvernehmen mit Vertretern bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Lugansk“ im Einklang mit den Minsker Vereinbarungen zu unterstützen. Diese Initiative der Staatsduma der Russischen Föderation hat keinen Zusammenhang mit den Verpflichtungen der Ukraine und bestimmter Gebiete der Regionen Donezk und Lugansk aus den Minsker Vereinbarungen oder deren Möglichkeit zur Erfüllung dieser Verpflichtungen und berührt diese nicht im Geringsten. Dieses Ersuchen wirkt sich auch in keiner Weise auf die Arbeit der russischen Delegation in der TKG aus, im Gegensatz zum Inhalt von Absatz 4 des Beschlusses Nr. 795-IX der Werchowna Rada vom 15. Juli 2020, der es der ukrainischen Delegation ausdrücklich untersagt, Verhandlungen zu führen, um zu einer Einigung über die Durchführung vorgezogener Lokalwahlen unter den in den Minsker Vereinbarungen vorgesehenen Bedingungen zu kommen.

Nachdem er dieses Ersuchen erhalten hatte, erklärte der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin am 15. Februar dieses Jahres, dass die Arbeiten zur Beilegung des Konflikts im Donbass intensiviert werden müssten, da nicht alle Möglichkeiten zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ausgeschöpft seien.

Es ist wichtig, die Voraussetzungen für einen direkten Dialog zwischen der ukrainischen Regierung und den Vertretern von Donezk und Lugansk zu schaffen und diesen zu erleichtern. Ihnen, verehrte Botschafter Kinnunen und Çevik, kommt bei der Umsetzung dieser Bestimmungen des Maßnahmenpakets eine wichtige Rolle zu. Es ist notwendig, die Region regelmäßig zu besuchen, Kontakt mit Vertreterinnen und Vertretern der lokalen Behörden auf beiden Seiten der Kontaktlinie aufzunehmen und Informationen aus erster Hand einzuholen.

Sie arbeiten, wie bereits erwähnt, in einem äußerst schwierigen Umfeld. Unter den gegebenen Umständen wird deutlich, dass die externen Drahtzieher der Ukraine den bewaffneten Konflikt im Land um jeden Preis und mit allen Mitteln wieder anfachen und die Instabilität an den Grenzen Russlands aufrechterhalten wollen. Die NATO-Länder unterstützen bewusst die Hitzköpfe in Kiew, die eine militärische Lösung des Konflikts in der Ostukraine befürworten, um einer eingebildeten „russischen Aggression“ entgegenzutreten. Es gibt auch noch andere Zielsetzungen: die Aufmerksamkeit davon abzulenken, dass die ukrainische Regierung die Minsker Vereinbarungen hintertreibt, einer verstärkten militärischen Assimilierung der Ukraine durch die Länder des Nordatlantischen Bündnisses den Weg zu ebnen und schließlich die Aufmerksamkeit von der Notwendigkeit abzulenken, nicht weniger dringende allgemeinere Fragen im Hinblick darauf zu erörtern, wie die Sicherheit im euroatlantischen Raum gestärkt werden kann.

Dem Konflikt in der Ostukraine kann und muss Einhalt geboten werden, indem alle Bestimmungen des Maßnahmenpakets – des einzigen Rahmens zur Erreichung eines dauerhaften Friedens – nach Treu und Glauben umgesetzt werden. Der ukrainischen Regierung muss deutlich signalisiert werden, dass es einer Rückkehr zur Logik dieses Dokuments bedarf. Die Versuche der ausländischen Unterstützer der derzeitigen ukrainischen Behörden,

das Hintertreiben der Minsker Vereinbarungen zu rechtfertigen, sind schädlich und gefährlich für den Beilegungsprozess insgesamt.

Gestatten Sie mir abschließend, verehrte Herren Botschafter Kinnunen und Çevik, Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen beste Gesundheit und den dringend benötigten Erfolg bei Ihrer Arbeit zu wünschen.

Herr Vorsitzender, ich ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung des Ständigen Rates als Anhang beizufügen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

1355. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1355, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DEUTSCHLANDS**

Herr Vorsitzender,

Deutschland schließt sich vollumfänglich der Erklärung der EU-Delegation an. Aus nationaler Perspektive möchte ich gerne Folgendes ergänzen:

Frau Generalsekretärin,

wir danken Ihnen sehr für Ihren heutigen Bericht. Wir teilen Ihre Einschätzung der vielseitigen Risiken und Gefahren, die sich aus dem Klimawandel für unsere Gesellschaften, für unsere Volkswirtschaften und für unsere gemeinsame Sicherheit ergeben.

Den Klimawandel und seine Auswirkungen werden wir nur gemeinsam und mit aller Kraft bewältigen können. Der internationale Klimaschutz hat daher für die neue Bundesregierung höchste Priorität. In unserer G7-Präsidentschaft, aber auch bei der morgen beginnenden Münchener Sicherheitskonferenz werden die Klimakrise und unsere Antworten darauf im Zentrum stehen.

Gemeinsames Handeln, um mit den Folgen des Klimawandels umzugehen, birgt nach unserer Auffassung zugleich vielfältige Chancen und neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Wir sollten den Wiederaufbau nach der COVID-19-Pandemie auch als Chance dafür nutzen, unsere Volkswirtschaften vor allem durch innovative, „grüne“ Technologien nachhaltiger und klima-neutral zu gestalten. Unser Dank gilt an dieser Stelle auch Ihnen, Herr Vorsitzender, dafür, dass der polnische Vorsitz diesem wichtigen Thema ebenfalls einen großen Stellenwert einräumt.

Mit ihrem umfassenden Sicherheitsbegriff ist die OSZE ein wichtiges Forum, wenn es um die komplexen Auswirkungen des Klimawandels auf unsere Sicherheit geht. Durch den Klimawandel werden extreme Wetterereignisse, Dürren und Ressourcenknappheit weiter zunehmen. Wir müssen uns auf diese Herausforderungen vorbereiten und sie gemeinsam bewältigen. Denn diese Phänomene haben das Potential, krisenhafte Entwicklungen zu verstärken und in letzter Konsequenz neue Konflikte auszulösen. Deutschland wird zu diesem Thema im Laufe des Jahres erneut die „Berlin Climate and Security Conference“ hochrangig ausrichten.

Innerhalb der OSZE sehen wir großes Potential, die bereits existierenden, exzellenten Initiativen und Projekte zum Klimaschutz und „Klima & Sicherheit“ weiter auszubauen. Wir begrüßen daher sehr, dass Sie, Frau Generalsekretärin, Ende März eine hochrangige OSZE-Klimakonferenz ausrichten werden. Dort werden wir erörtern können, wie wir die Grundsatzbeschluss des Ministerrats in Stockholm gemeinsam konkret umsetzen wollen, um konkrete Fortschritte beim Umgang mit den vielfältigen Folgen des Klimawandels zu erreichen.

Vielen Dank!

Ich bitte Sie, Herr Vorsitzender, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1355. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1355, Punkt 4 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION LETTLANDS**

Herr Vorsitzender,

Lettland ist ständig bestrebt, sich zu verbessern und weiterzuentwickeln, nicht zuletzt im Hinblick auf die Anwendung von Menschenrechtsstandards und die Umsetzung seiner internationalen Menschenrechtsverpflichtungen. Eine Möglichkeit, dies zu tun, ist die Befolgung der Entscheidungen internationaler Menschenrechtsgerichte.

Werfen wir einen Blick auf die Lage der Menschenrechte in Lettland heute.

In Lettland geht es nicht nur der Medienfreiheit und der Medienvielfalt gut. Lettland ist auch zu einem Zufluchtsort für Journalistinnen und Journalisten, andere Medienschaffende und ganze Medienunternehmen aus Russland und Weißrussland geworden, wo der Raum für die Zivilgesellschaft schrumpft, wenn er nicht schon ganz verschwunden ist.

In Lettland ist das Recht auf ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren für jeden Einzelnen garantiert, einschließlich des Zugangs zu einer unabhängigen gerichtlichen Überprüfung – im Gegensatz zu Russland, wo gerade ein weiterer politisch motivierter Prozess gegen Alexej Nawalny beginnt, um nur ein Beispiel zu nennen.

Lettland sorgt für staatlich finanzierten Unterricht in sieben Minderheitensprachen.

Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der UdSSR – einer der positivsten Entwicklungen des 20. Jahrhunderts – war die Zusammensetzung der Bevölkerung unseres Landes eine grundlegend andere, da Tausende von Menschen aus Sowjetrussland und anderen Gebieten der Sowjetunion in das besetzte Lettland umgesiedelt worden waren, wo sie den Platz der Tausenden einnehmen sollten, die nach Sibirien deportiert worden oder den totalitären Regimen, auch dem kommunistischen Völkermord, zum Opfer gefallen waren. Die Integration nationaler Minderheiten in die lettische Gesellschaft ist jedoch seit der Unabhängigkeit so erfolgreich verlaufen, dass das Büro des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten der OSZE Lettland regelmäßig auffordert, die anderen OSZE-Teilnehmerstaaten an seinen Erfahrungen und bewährten Verfahren teilhaben zu lassen. Die einzigen Spannungen in der lettischen Gesellschaft werden nach wie vor von Russland selbst durch

seine Handlangerinnen und Handlanger geschürt, wie beispielsweise Alexander Gaponenko, der in der soeben von Russland abgegebenen Erklärung angesprochen wurde.

Alexander Gaponenko wurde nach den Paragraphen des lettischen Strafgesetzes verurteilt, die Handlungen, die den Sturz der Staatsgewalt fördern, die Zusammenarbeit mit einem ausländischen Staat zu diesem Zweck betreffen und Handlungen, die darauf abzielen, zu nationalem und ethnischem Hass aufzustacheln. Seine Verurteilung ist nicht mit Freiheitsentzug verbunden.

Das Recht auf ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren steht ihm wie allen anderen Menschen in Lettland zu. Etwas anderes zu behaupten, hieße, die Unabhängigkeit der lettischen Justiz in Frage zu stellen. Das wäre eine sehr schwerwiegende Anschuldigung, die übrigens nur von Russland erhoben wird. Außerdem betrafen solche Anschuldigungen Russlands in letzter Zeit hauptsächlich Fälle von Hassrede.

Damit möchte ich wieder auf die positiven Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte in Lettland zurückkommen: Erst diesen Monat hat das Justizministerium in Befolgung eines Urteils des Verfassungsgerichtshofs vom letzten Jahr einen Gesetzesentwurf über die zivilrechtliche Eintragung von Lebenspartnerschaften vorgelegt. Die Verabschiedung dieses Gesetzes wird es allen Paaren ermöglichen, ihre Beziehung im Einklang mit den Bestimmungen unserer Verfassung zum Schutz aller Familien eintragen zu lassen.

Es ist das ein echter Durchbruch für die Menschenrechte in Lettland, der eine der wenigen Fragen betrifft, die wir in diesem Bereich noch zu lösen hatten. Anders in Russland, wo das Justizministerium am 8. Februar die Auflösung des russischen LGBT-Netzwerks forderte.

Diese gegensätzlichen Beispiele verdeutlichen, wie wichtig es ist, die Verfassung in ihrer Gesamtheit zu respektieren und nicht nur einzelne Paragraphen – wie etwa denjenigen über die Dauer der Amtszeit des Präsidenten.

Abschließend sei gesagt, dass jeder Staat im OSZE-Raum in seiner Menschenrechtsbilanz Punkte findet, die er verbessern kann. Ich hoffe sehr, dass die anderen OSZE-Teilnehmerstaaten ebenso wie Lettland täglich danach streben, ein besserer Ort zu werden, an dem alle Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Nationalität, ihrer Staatsangehörigkeit, ihrer Religion, ihrer Weltanschauung oder ihrem sozialen oder sonstigen Status oder ihrer Gruppenzugehörigkeit leben und sich entfalten können, und eine Gesellschaft zu schaffen, in der die Meinungsfreiheit gewährleistet ist und Hassrede keinen Platz hat.

In Lettland darf übrigens jeder Minecraft spielen, egal ob Jugendlicher oder Erwachsener, während in Russland kürzlich ein 16-Jähriger zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde, weil er dieses Videospiel spielte.

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich ersuche höflich um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Journal des Tages.



1355. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1355, Punkt 6 (a) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG
DER VERTRETERIN DER EUROPÄISCHEN UNION

Die Delegation Frankreichs übergab als EU-Vorsitzland das Wort an die Vertreterin der Europäischen Union, die folgende Erklärung abgab:

Wir danken der Generalsekretärin der OSZE für die Frühwarnung vor der Gefahr einer weiteren Eskalation der bereits katastrophalen Sicherheitslage in der Ukraine. Diese Maßnahme steht im Einklang mit dem Auftrag des Beschlusses Nr. 3/11 des Ministerrats von Wilna über Elemente des Konfliktzyklus.

Wir schließen uns dem Aufruf der Generalsekretärin zur Deeskalation und zur vollständigen Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen an, die die Grundlage der europäischen Sicherheit bilden, einschließlich derjenigen, die in der Schlussakte von Helsinki verankert sind.

Die Europäische Union ist der festen Überzeugung, dass die Stärkung unserer umfassenden Sicherheit und die Wahrung von Frieden und Stabilität im OSZE-Raum nur auf dem Wege des Dialogs erfolgen können. Wir fordern Russland erneut auf, unverzüglich zu deeskalieren, sich an das Völkerrecht zu halten und im Rahmen der etablierten internationalen Mechanismen, so auch in der OSZE, konstruktiv und nach Treu und Glauben einen Dialog aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang bedauern wir, dass Russland nicht an dem Treffen am Dienstag teilgenommen hat, das im Rahmen des Mechanismus zur Verminderung der Risiken nach dem Wiener Dokument zu den ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten der Russischen Föderation abgehalten wurde. Dieses Verhalten steht nicht im Einklang mit den Verpflichtungen Russlands im politisch-militärischen Bereich und kann die von der Ukraine und vielen anderen Teilnehmerstaaten geäußerten Besorgnisse nicht beseitigen. Wir nehmen die Erklärungen der russischen Behörden zur Kenntnis, wonach einige der derzeit an den Grenzen der Ukraine und auf der unrechtmäßig annektierten Halbinsel Krim dislozierten russischen Truppen an ihre Stützpunkte zurückkehren sollen. Wir werden die diesbezüglichen Entwicklungen vor Ort weiterhin genau beobachten.

Wir sind bereit, alle verfügbaren Instrumente, Verfahren und Mechanismen innerhalb der OSZE, einschließlich des erneuerten europäischen Sicherheitsdialogs der OSZE, in

vollem Umfang zu nutzen, und wir fordern die anderen Teilnehmerstaaten auf, dies ebenfalls zu tun.

Schließlich unterstreicht die Europäische Union den großen Stellenwert, der der Sonderbeobachtermission in der Ukraine bei der Beobachtung der Fakten vor Ort und der Berichterstattung an die internationale Gemeinschaft sowie als aktivem Teil der OSZE-Strukturen für Krisenmanagement zukommt.

Die Bewerberländer Republik Nordmazedonien¹, Montenegro¹ und Albanien¹, die Mitglieder des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen sowie die Ukraine, die Republik Moldau, Georgien und Andorra schließen sich dieser Erklärung an.

1 Die Republik Nordmazedonien, Montenegro und Albanien nehmen weiterhin am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teil.

1355. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1355, Punkt 6 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION KANADAS**

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.

Ich möchte der Generalsekretärin für ihr Schreiben dieser Woche danken, in dem sie den Ständigen Rat auf „aufkommende Spannungen, die das Risiko einer Eskalation, einer Verschärfung der Krise und möglicherweise eines weiteren Konflikts in der und um die Ukraine und in der weiteren Region bergen“ aufmerksam gemacht hat.

Sehr geehrte Frau Generalsekretärin,

wie wir bereits mehrfach, auch in unserer früheren Erklärung zum Hauptpunkt der heutigen Sitzung des Ständigen Rates, zum Ausdruck gebracht haben, sind wir besorgt darüber, dass die derzeitige Situation schwerwiegende negative Konsequenzen für die Sicherheit in der Ukraine und in der gesamten Schwarzmeerregion haben könnte, mit möglichen Auswirkungen auf den gesamten OSZE-Raum. Wir unterstützen nachdrücklich den Einsatz aller einschlägigen Instrumente des OSZE-Instrumentariums durch das Sekretariat und schließen uns Ihren Aufrufen zur Deeskalation an sowie Ihren Aufrufen, dass alle Teilnehmerstaaten von den OSZE-Instrumenten des Dialogs und der Verminderung der Risiken Gebrauch machen sollen, anstatt auf militärisch-technische Drohungen zurückzugreifen.

Als Teil der Frühwarninstrumente der OSZE unterstützen wir voll und ganz die Schritte sowohl der Ukraine als auch von Litauen, Lettland und Estland nach Kapitel III des Wiener Dokuments. Wir begrüßen ihre konstruktiven Bemühungen, weitere Informationen über ungewöhnliche militärische Aktivitäten in den Nachbarstaaten einzuholen, insbesondere um Klarheit über den Umfang und das Ausmaß dieser Bewegungen sowie über ihre strategischen Absichten zu erhalten. Die Beantwortung dieser Fragen würde die Transparenz erhöhen, das Vertrauen und die Sicherheit stärken und zu einer Deeskalation der gegenwärtigen Situation beitragen. Das Wiener Dokument ist nach wie vor das Grundgerüst des OSZE-Instrumentariums von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, und wir fordern alle Teilnehmerstaaten auf, sich nach Treu und Glauben an allen Aspekten des Wiener Dokuments und allen anderen Elementen des OSZE-Instrumentariums zu beteiligen,

im Einklang mit der Absicht, Vertrauen wiederaufzubauen und militärische Risiken zu vermindern.

Danke.

1355. Plenarsitzung

StR-Journal Nr. 1355, Punkt 6 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG
DER DELEGATION DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich möchte der Generalsekretärin dafür danken, dass sie den Ständigen Rat auf „aufkommende Spannungen, die das Risiko einer Eskalation, einer Verschärfung der Krise und möglicherweise eines weiteren Konflikts in der und um die Ukraine und in der weiteren Region bergen“, aufmerksam gemacht und damit eine Frühwarnung ausgesprochen hat. Sie hat damit den Auftrag, mit dem wir den Generalsekretär im Beschluss Nr. 3/11 des Ministerrats betraut haben, verantwortungsvoll wahrgenommen.

Frühwarnung erfordert frühzeitiges Handeln, und wir unterstützen voll und ganz den Aufruf der Generalsekretärin an die Teilnehmerstaaten, alle in der OSZE verfügbaren Instrumente und Mechanismen zu nutzen, um zur Deeskalation der Lage beizutragen. Wir sind auch dankbar für Ihr Angebot, Frau Generalsekretärin, mit den betreffenden Teilnehmerstaaten zusammenzuarbeiten, um zeitnahe und wirksame Reaktionen zu sondieren.

In Ihrem Schreiben haben Sie erwähnt, dass in dieser Woche zweimal der Mechanismus nach Kapitel III des Wiener Dokuments aktiviert wurden, von Estland, Lettland und Litauen sowie der Ukraine, die Belarus und Russland um Erklärungen in Bezug auf ihre ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten ersucht haben. Es ist die Obliegenheit aller Teilnehmerstaaten, sich an diesen vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen zu beteiligen und für die notwendige Transparenz zu sorgen, um auf die berechtigten Besorgnisse anderer Teilnehmerstaaten einzugehen. Wir haben uns Anfang dieser Woche an den Treffen beteiligt und dabei auch konkrete Fragen gestellt (und gestern konkrete Kommentare abgegeben). Bislang sind die Antworten, die wir erhalten haben, unbefriedigend. Wir fordern Russland dringend auf, an der morgigen Sitzung teilzunehmen.

Neben den Möglichkeiten zur Verbesserung der Transparenz, die die Mechanismen des Wiener Dokuments zur Verringerung der Risiken bieten, kann die OSZE auch eine wichtige Dialogplattform bieten, um zur Deeskalation der Spannungen beizutragen. Sie ist nach wie vor die geeignete und vor allem eine inklusive und gleichberechtigte Plattform für Diskussionen über europäische Sicherheit. In dieser Hinsicht unterstützen wir voll und ganz die Initiative des polnischen Vorsitzes, den erneuerten europäischen Sicherheitsdialog der OSZE auf den Weg zu bringen. Dieser Dialog sollte sich auf die OSZE-Prinzipien

und -Verpflichtungen stützen, die wir alle freiwillig eingegangen sind und die, werden sie vollständig umgesetzt, unser aller Sicherheit weiter erhöhen.

Diplomatie und Deeskalation sind der einzige vernünftige Ausweg aus dieser beispiellosen Herausforderung für die europäische Sicherheit.

Herr Vorsitzender, es lohnt sicher meiner Meinung nach, zusätzlich zu unserer Erörterung des Schreibens der Generalsekretärin, noch einmal über unsere Diskussion im Ständigen Rat heute Morgen nachzudenken.

Die Berichte der Botschafter Kinnunen und Çevik haben deutlich gemacht, wie instabil die Sicherheitslage in dem von Russland angezettelten Konflikt in der Ostukraine ist. Darüber hinaus haben ich und viele andere erneut auf die beispiellose, unprovokierte und ungerechtfertigte militärische Aufrüstung Russlands an den Grenzen der Ukraine und auf der widerrechtlich annektierten Krim hingewiesen.

Diesbezüglich ist der Standpunkt des Vereinigten Königreich unverändert konsequent und unmissverständlich. Wir sind offen für einen Dialog mit Russland, aber es liegt an Russland, die von ihm hervorgerufene Situation dringend zu deeskalieren. Jeder weitere militärische Einfall Russlands in die Ukraine wäre ein strategischer Fehler und würde Russland massive Kosten bescheren, nicht zuletzt durch koordinierte Sanktionen.

Ich bitte darum, diese Erklärung dem Journal des Tages beizufügen.

1355. Plenarsitzung
StR-Journal Nr. 1355, Punkt 6 (a) der Tagesordnung

ERKLÄRUNG DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION

Sehr geehrte Frau Generalsekretärin,

wir sind verwundert über Ihre Entscheidung, das Frühwarnverfahren im Rahmen des Beschlusses des Ministerrats von Wilna über Elemente des Konfliktzyklus im Zusammenhang mit der Verstärkung der Fähigkeiten der OSZE in den Bereichen Frühwarnung, frühzeitiges Handeln, Dialogerleichterung und Mediationsunterstützung sowie Konfliktnachsorge einzuleiten.

Die in Ihrem Schreiben angeführte Begründung, dass diese Entscheidung durch die zunehmenden Spannungen hinsichtlich der Lage „in und um die Ukraine“ motiviert sei, klingt merkwürdig nach den Äußerungen derjenigen, die die Hysterie über eine angeblich „unvermeidliche russische Invasion“ schüren. Wir sind der Meinung, dass dieser höchst kontroverse Schritt kaum zu einer Normalisierung der Lage beitragen wird.

Außerdem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich dabei um Heuchelei handelt. Der interne Konflikt in der Ukraine dauert nun schon seit fast acht Jahren an. In dieser Zeit hat die ukrainische Regierung systematisch das gesamte Arsenal ihrer Streitkräfte gegen die friedlichen Städte und Siedlungen im Donbass eingesetzt. So führten die ukrainischen Streitkräfte vor einigen Monaten, im Oktober 2021, offensive Operationen im Süden der Region Donezk durch, bei denen auch ausländische Waffensysteme zum Einsatz kamen. Die OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine bestätigte damals ein Vorrücken der ukrainischen Streitkräfte. Das führte zu einer Eskalation der militärischen Spannungen entlang der gesamten Kontaktlinie. Diese Entwicklung war jedoch kein Anlass, irgendwelche Frühwarnmechanismen in Gang zu setzen. Von der damaligen OSZE-Spitze waren nicht einmal routinemäßige Besorgnisbekundungen zu hören.

Aus irgendeinem Grund wird erst jetzt an den Beschluss des Ministerrats von Wilna 2011 erinnert. Das wirkt in hohem Maße unlogisch. Berücksichtigt man jedoch den allgemeinen Kontext und die in ihrem Ausmaß und ihrer Verlogenheit beispiellose Informationskampagne, die von einer Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten im Hinblick auf eine eingebildet russische Bedrohung geführt wird, muss man sich fragen, wessen Interessen die Aktivierung dieses Mechanismus eigentlich dient.